

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1898

13.3.1898 (No. 71)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 13. März.

Nr. 71.

Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Voranschlagung: wöchentlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. 1898.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

Karlsruhe, den 12. März.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog hat dem Staatsministerium auf Vorlage der Kammerbeschlüsse vom 11. i. Mts. Seine Allerhöchste Willensmeinung dahin kund gegeben, es solle die Gesamtregierung, die sich im Vollbesitze des landesherrlichen Vertrauens befinde, die Staatsgeschäfte weiter führen, da irgend ein Anlaß zu einer Aenderung in der Zusammensetzung der obersten Staatsbehörde nicht gegeben sei.

* Milderung der Interessengegensätze.

Schon jetzt macht sich in den Gemüthern in zunehmendem Maße die politische Spannung bemerkbar, welche parlamentarischen Neuwahlen voranzugehen pflegt. Auch die Reichstagsverhandlungen — und sie vielleicht am meisten — stehen schon im Zeichen der kommenden Wahlentscheidungen. Am schwersten haben es die staatserkhaltenden Parteien, weil sie unter sich nicht einig und geschlossen sind. Zwar gehen auch im Lager der Opposition die Ansichten über das, was geschehen soll, nach den verschiedensten Richtungen auseinander; darüber aber sind alle gegnerischen Parteien mit sich im Reinen, daß ein festerer Zusammenschluß der nationalen Richtungen, etwa wie ihn die Kartellmehrheit von 1887 verkörperte, nach Möglichkeit verhindert werden müsse. Wie wir hören, werden in Berlin die Bestrebungen eifrig fortgesetzt, im Rahmen eines gemeinsamen Wahlaufbaus der positiv schaffenden Parteien für die großen Erwerbsgruppen des deutschen Vaterlandes eine gemeinsame Operationsbasis auf dem Boden der Verständigung über ihre wirtschaftlichen Interessen zu schaffen. Ungeachtet des sich behütenden besten Willens hat es indes noch nicht gelingen wollen, ein den Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen gleichmäßig annehmbares Programm zu entwerfen. Soweit süddeutsche Politiker an diesem Werke beteiligt sind, dürfen sie nicht unberücksichtigt lassen, daß, wenn gleich bei uns die Landwirtschaft immerhin triftigen Grund zur Klage und unter dem Druck der Auslandskonkurrenz und sonstigen mißlichen Konjunkturen schwer zu leiden hat, sie doch nicht in dem Maße gefährdet ist, wie ihre Berufsgenossin im Norden und namentlich im Osten des Reiches. Wir im Süden werden demzufolge auch von den Agitationen, die unter den Landwirthen des Nordostens und auch bis nahe an unsere badischen Grenzen im Schwange gehen, entsprechend weniger berührt und sind nicht einen Augenblick im Zweifel darüber, daß die aus dem Nordosten laut gewordenen Forderungen weit über die Grenze des Erreichbaren hinausgehen. Das darf uns indessen nicht etwa verleiten, in das oppositionelle Geschrei über „Agrardemagogie“ und „Ostelbierthum“ z. einzustimmen. Wer immer bei uns in Treue zu Kaiser und Reich steht, erkennt in dem Programm des Schutzes der nationalen Arbeit nach wie vor die gesündeste, natürliche Möglichkeit der Einigung aller Gesinnungsgenossen, auch derer aus Nord und Ost, auf einer mittleren Aktionslinie.

Mit besonderer Berücksichtigung der einschlägigen Verhältnisse bei uns im Süden nehmen wir denn auch durchaus keinen Anstand, an beide großen nationalen Erwerbsstände, Industrie wie Landwirtschaft, die dringende Mahnung zu weiser Selbstbeschränkung zu richten. Ein harmonisches Zusammenwirken beider im Süden erscheint aber nur unter der Voraussetzung denkbar, daß die Landwirtschaft den Interessen der Industrie und ihren Millionen von Arbeitern billige Rechnung trägt, sowie daß diese letztere der Landwirtschaft unweigerlich gewährt, worauf sie Anspruch hat, nämlich die Verbürgung ihrer Existenzmöglichkeit. Stellt man dieses Wechselverhältnissesverhältnis in den Mittelpunkt der kommenden Wahlbewegung, so dürften sich die Schwierigkeiten, die dem Erfolge der national gerichteten Parteien im Wege stehen, sehr bedeutend vermindern, ganz abgesehen davon, daß das Schicksal der Flottenvorlage, sei es in der Kommission, sei es im Plenum des Reichstages, eine Wendung nimmt, welche ganz neue Gesichtspunkte in den Gang der Wahlvorbereitungen werfen kann. Die staatserkhaltenden Parteien sollten alles Trennende auf sich beruhen lassen und einzig und allein das Gemeinsame als Richtschnur ihres Handelns anerkennen.

Aus der württembergischen Abgeordnetenversammlung.

Stuttgart, 11. März.

Die Kammer der Abgeordneten hat ihre vor Weihnachten unterbrochenen Beratungen wieder aufgenommen und diese

Woche zunächst kleineren Vorlagen gewidmet, um den Fraktionen Zeit zu lassen für Besprechungen über die Verfassungsrevision, die in der nächsten Woche die Kammer beschäftigen wird.

In der ersten Sitzung wurde der von den badischen Ständen bereits genehmigte Staatsvertrag zwischen Württemberg und Baden, betreffend den Bau einer Eisenbahn von Friedrichshafen nach Ueberlingen, der letzten Strecke der Bodenseegürtelbahn, erledigt. Die Bahn soll auf württembergischem Gebiet von Friedrichshafen aus zunächst in die Nähe des Sees, dann über Marzell und Fischbach zur Landesgrenze geführt werden. Die Länge der württembergischen Strecke beträgt 6,5 km, der Bauaufwand für dieselbe 1 250 000 M. und mit dem Umbau des Bahnhofes Friedrichshafen 2 100 000 M. Der Vertrag selbst wurde von keiner Seite beanstandet und mit allen gegen die eine Stimme des Abg. Storz von Tuttlingen genehmigt. Dieser hatte nämlich den Versuch gemacht, die Annahme des Vertrags abhängig zu machen von der Zustimmung Badens zu einer Bahnverbindung von Tuttlingen nach Schwabenreuth. Dieser Versuch war nach Lage der Dinge von vornherein aussichtslos, zudem erklärten die Vertreter der Eisenbahnverwaltung, daß eine solche Verbindung und ebenso ein Linie Tuttlingen—Stodach den württembergischen Interessen in keiner Weise entspräche, denn sie wäre nur eine schädigende Parallelbahn zu der Linie Tuttlingen—Sigmaringen.

Weitere Eisenbahnprojekte beschäftigten die Kammer am folgenden Tage. Um die Fortsetzung der Bahn von Rünzingen nach Schelllingen (Verbindung der oberen Neckarthalbahn mit der Donauhalbahn) endlich zustande zu bringen, wick die Kammer in Berücksichtigung des notorischen Unvermögens der beteiligten Gemeinden von dem sonst streng festgehaltenen Grundsatz ab, bei Nebenbahnen die Kosten der Grunderwerbung ganz den Beteiligten aufzuerlegen; als äußerstes Zugeständnis wurde vielmehr in diesem Falle ein Staatsbeitrag von 150 000 M. zu den Grunderwerbungsstellen bewilligt. — In Erledigung von Eisenbahnpetitionen wurde u. a. eine Bahn, die die beiden Industriestädte Göppingen und Gmünd direkt verbinden soll, zur »Berücksichtigung« empfohlen, während die Kommission nur »Kenntnisaufnahme« beantragt hatte. Von den Beirathern des Projekts wurde u. a. darauf hingewiesen, daß damit Gmünd mit seinem Rivalen in der Bijouteriebranche, Pforzheim, konkurrenzfähig würde.

Ein Gesetzesentwurf, der die Oberamtsstärkerärzte aus Korporationsbeamten zu Staatsbeamten und damit pensionsberechtigt macht, wurde fast einstimmig angenommen.

Heute hatte die Kammer wieder einmal eine Debatte über die Homöopathie, deren zahlreiche Freunde sich der Bitte eines homöopathischen Arztes, den Ärzten das Selbstdispensierrecht einzuräumen, warm annahmen. Doch erzielten sie nur Ueberreichung zur »Kenntnisaufnahme«. — Morgen läßt die Kammer wegen der Beeridigung des Finanzministers o. Riede die Sitzung ausfallen.

Amerikanisch-spanische Beziehungen.

Angeichts der Anwesenheit eines amerikanischen Geschwaders in Hongkong, die von den Spaniern als Bedrohung Manilas gedeutet wird, ruft die Entsendung des britischen Kreuzers „Edgar“ von Hongkong nach Manila den Eindruck hervor, daß in London ernste Besorgnisse über die weitere Entwicklung der amerikanisch-spanischen Beziehungen bestehen und daß England „mit dabei“ sein will, wenn auf oder mit den Philippinen etwas geschehen sollte. Es sollte uns nicht wundern, wenn in den nächsten Tagen auch ein japanisches Kriegsschiff auf der Rhede von Manila erschiene. Daß England den Streit um Kuba von Anfang an mit aller Aufmerksamkeit beobachtet, ist bei der strategischen und handelspolitischen Bedeutung der Antillen selbstverständlich, ebenso selbstverständlich ist aber auch, daß die britische Regierung sich so lange wie nur irgend möglich auf die Rolle des Zuschauers verlegen und den Verlauf des spanisch-amerikanischen Streites geduldi abwarten wird. Darum machte eine dieser Tage auftauchende New-Yorker Meldung, Königin Victoria habe durch den britischen Botschafter in Washington dem Präsidenten McKinley ihre Befriedigung über die weise konservative Politik der amerikanischen Regierung in der Kuba-Frage ausgedrückt lassen, als bald den Eindruck einer haltlosen Erfindung; jetzt unterzieht sich der Londoner „Daily Telegraph“ der unnötigen Mühe, die völlige Grundlosigkeit jener Meldung ausdrücklich festzustellen. Gleichzeitig sendet der New-Yorker Berichterstatter desselben Blattes diesem die Mittheilung, nach Erledigung der „Maine“-Angelegenheit werde Präsident McKinley mit Zustimmung des Kongresses Spanien 150 Millionen Dollars anbieten als Entschädigung für seine Verluste und Ausgaben auf Kuba, vorausgesetzt, (Mit einer Beilage.)

daß es Kuba die Unabhängigkeit gewähre. Wenn Spanien sich weigere, werde die nordamerikanische Regierung die Unabhängigkeit Kubas aus Gründen der Humanität anerkennen, und wenn Spanien in diesem Verhalten einen casus belli finde, werde der Krieg folgen. Diese Meldung hat einige Wahrscheinlichkeit für sich. Es wäre, wie die „Post. Ztg.“ erinnert, nicht das erstemal, daß der Versuch gemacht würde, Spanien durch Geldanerbietungen zur Aufgabe seiner Herrschaft über Kuba zu bestimmen. Schon im Jahre 1846 bildete sich in den Vereinigten Staaten eine Gesellschaft, die 200 Millionen Dollars zum Ankauf Kubas zusammenbringen wollte, und im Jahre 1854 unterzeichnete Buchanan, der spätere Präsident der Vereinigten Staaten, in Ostende eine Erklärung der amerikanischen Gesandten Mahon und Soule, wonach die Zurückweisung einer Kaufsumme von 200 Millionen Dollars durch Spanien den Vereinigten Staaten das Recht geben sollte, Kuba an sich zu nehmen. Weidemale blieb es bei diesen Anläufen. Wenn jetzt zum drittenmale der Plan auftaucht, Kuba zwar nicht für die Vereinigten Staaten zu kaufen, wohl aber ihm seine Unabhängigkeit durch amerikanisches Geld zu erkaufen, so könnte das gar nicht Wunder nehmen, da die Gewährung der Unabhängigkeit an Kuba lediglich der erste Schritt auf dem Wege zur Vereinigung der Insel mit der Union wäre. Inzwischen fährt diese in ihren Vorbereitungen zu einem Kriege fort. Wie aus Washington berichtet wird, arbeiten die Armee- und Marinebehörden gegenwärtig Tag und Nacht, um die Landesverteidigung in gehörigen Zustand zu bringen. Die Mängel sind groß. Besonders fehlt es an Munition. Wahrscheinlich wird ein großer Theil der bewilligten 50 Millionen Dollars zum Ankauf von Munition im Auslande verwandt werden. In den Arsenalen sollen sich kaum 30 Kugeln für das Geschütz befinden. Die Bundesfabriken sind natürlich außer Stande, einem solchen Mangel baldigst abzuhelfen, die Vereinigten Staaten sind daher gezwungen, die Hilfe des Auslandes in Anspruch zu nehmen. Es heißt, daß die Bundesregierung Verhandlungen zum Ankauf der beiden Kreuzer eingeleitet hat, die gegenwärtig in den Vereinigten Staaten auf Rechnung Japans gebaut werden. Marinekommandeur Brownson, der England und Frankreich besuchen wird, um die den Vereinigten Staaten angebotenen Kriegsschiffe zu besichtigen, reiste gestern nach Southampton ab. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat in Sheffield bei der Firma Vickers, Sons u. Maxim eine große Anzahl schnellfeuernder Geschütze bestellt. Zum Oberbefehlshaber der Küstenverteidigung am Golf von Mexiko und der Halbinsel Florida wurde General Wilson ernannt, der bereits mit einem großen Stabe dorthin abgegangen ist. Unterdessen ist in Madrid das Gerücht von einer theilweisen Kabinettskrise aufgeplattert, aber alsbald halbamtlich als unbegründet bezeichnet worden.

Zu den Vorgängen in Ostasien.

* Berlin, 11. März. Der seitherige chinesische Gesandte Hsu-Tsching-Tscheng ist zum außerordentlichen Botschafter Chinas für Rußland ernannt worden! . . . Die Rangerhöhung vom Gesandten zum Botschafter, sogar erster Klasse, ist in der telegraphischen Ernennungsordre ausdrücklich betont, und kann dieselbe einerseits als eine Belohnung und Anerkennung für Hsu und andererseits als eine Verfüngung des Kaisers von China aufgefaßt werden, welche der Mission Hsu's in Rußland höhere Bedeutung und Wichtigkeit beimessen soll. Die jedenfalls ganz außergewöhnliche, wie auch ganz unerwartete Ordre traf den chinesischen Wäbenträger in Berlin ebenso unmittelbar vor seiner bis auf die letzte Handtatsche vorbereiteten Abreise nach China mit dem dahin am letzten Dienstage von Genua abgehenden deutschen Reichspostdampfer »Prinz Heinrich«, wie dies zu Anfang des vorigen Monats der Fall war, wo er ebenfalls unmittelbar vor seiner festgesetzten Heimkehr mit dem Reichspostdampfer »Bayern« von Peking den Befehl erhielt, in Angelegenheit der inzwischen abgeschlossenen Anleihe von hier nach St. Petersburg zu reisen. Veranlassung zu dieser besonderen Verfügung haben zweifellos die neuen weittragenden Forderungen Rußlands gegeben, für welche Hsu von seiner Regierung offenbar als der erfahrenste und auch sonst geeignetste Vermittler erachtet wird. Und wenn es richtig ist, daß, wie über London aus Peking gemeldet wird, diese Forderungen Rußlands dort am letzten Donnerstag gestellt wurden, dann fällt mit diesem Tage die Ernennung Hsu's zu dieser schwierigen Mission gerade zusammen. Der neue Botschafter reiste auch schon Donnerstag (10. d. Mts.) Früh von Berlin nach St. Petersburg ab. . . . Nach dem Kriege mit Japan blutet China aus allen Wunden, seine militärische Schwäche gegenüber Rußland ist offenkundig, und es fragt sich nur, ob Rußland Selbstbeherrschung genug be-

figen wird, um mit China zu einer für dieses annehmbaren Verständigung zu gelangen, oder ob es die Staatsmänner an der Newa auf einen Bruch mit China ankommen lassen wollen, um damit eventuell alles auf's Spiel zu setzen, was ihnen dort eine geradezu meisterhafte Ausnützung der politischen Verhältnisse an dominierendem Einfluß und an territorialen Ertragschaften für die russischen Eisenbahnbauten z. eingebracht hat.

(Telegramme.)

* **London**, 12. März. Der „Standard“ meldet, daß die Auflegung der chinesischen Anleihe infolge einer Verzögerung, die ihren Grund in den für die Zulassung fremder Wertpapiere an der Berliner Börse geltenden Bestimmungen hat, bis zum 21. h. hinausgeschoben worden ist.

* **Peking**, 11. März. Der englische Gesandte Macdonald legte am Dienstag im Tsungli-Yamen Protest ein gegen die Abtretung von Port Arthur, die eine Störung des Gleichgewichtes der Machtverteilung im Osten sei. Die chinesische Regierung erklärte sich außer Stande, den russischen Forderungen zu widerstehen. Der russische Geschäftsträger Parlaw hatte dem Wunsch Ausdruck gegeben, die Anträge binnen fünf Tagen sicher zu stellen, um diese Angelegenheit vor der Ankunft des neuen russischen Gesandten erledigt zu sehen. China erfuhrte um eine längere Frist zur Ueberlegung. Ueber die Sache wird in Folge dessen in St. Petersburg verhandelt.

Finanzielle Rundschau.

Frankfurt, 10. März.

Die englische Presse gefällt sich im Augenblick darin, die politischen Aussichten in recht trübem Maße darzustellen. Ja, die „Times“ schreibt nicht davor zurück, die Eventualität eines Krieges in Europa anzukündigen. Bei uns ist man in der Beurteilung der politischen Aussichten bei weitem nicht mehr so ängstlich, als man in früheren Jahren war, und man hat die Auslassungen einzelner englischer Blätter einfach zurückzuführen zu dürfen geglaubt, daß man dort vertrießlich darüber ist, daß die anderen Mächte nicht, wie es ehemals geschah, über einander herfallen und dabei den Engländern die Gelegenheit geben, gute Geschäfte zu machen. In einer sehr ausführlichen und interessanten Darlegung des großen Finanzblattes „Financial News“ wird offen zugegeben, daß die Politik Deutschlands in China der englischen gegenüber weitaus klüger, energischer und darum auch wirksamer war. Andere Blätter können sich aber zu dieser Objektivität nicht aufschwingen und ihr Born ist offenbar mit einem guten Stück Neid durchsetzt.

Zu Anfang der Woche wurden die Börsen durch die Sensationsnachrichten über den förmlichen Bruch zwischen Spanien und Nordamerika und die gleichzeitig erschienenen pessimistischen Artikel über die Lage in Ostasien einigermaßen alarmiert. Wäre noch solche Spekulation wie ehemals vorhanden, so hätte man an diesem Tag viel bleiche Gesichter und stark rückgängige Preise verzeichnen müssen. Indessen gab es eine ganze Reihe von Leuten, die in der Gleichgültigkeit der verschiedenen duster gehaltenen Meldungen das Produkt einer gewissen Ruhe sahen. In der That dauerte es denn auch gar nicht lange, bis die Nachricht über das sanftmütige Verhalten Spaniens ihres sensationellen Charakters entkleidet wurde, und das Dementi, das in die Form einer annehmbaren Zurückziehung der spanischen Forderung gebracht war, erschien.

Wegen der Entwicklung der Dinge in Ostasien macht man sich bei uns keine weitgehenden Sorgen, und man glaubt namentlich nicht, daß da eine kriegerische Verwicklung sich herausbilden könnte, oder allenfalls nur in dem Sinne, wie ein moderner italienischer Schriftsteller die neuzentigen Kriege schildert, die nicht mit Kanonen, Torpedos und Stichwaffen geführt werden, sondern mittelst Ingenieuren, Technikern, Handlungsreisenden und Geldmächtigen. In dem friedlichen Wettkampf, bei dem es sich darum handelt, unsern Handel und unsere Industrie neue Gebiete zu erschließen, ist Deutschland wohl ausgerüstet und braucht keinen Gegner zu scheuen, eine Meinung, die ja auch in der Mangelhaftigkeit der früher auf diesem Gebiete allein ausschlaggebend gewesen englischen Nation ihren Ausdruck findet. Was sonst an politischen Ereignissen vorlag, hat tiefer gehende Wirkung nicht gebracht.

Der Ministerwechsel in Oesterreich-Ungarn wurde mit getheilten Gefühlen angesehen. In Oesterreich selbst trübten sich manche Hoffnungen daran und in den Kreisen der Geschäftswelt war man der Meinung, daß es wohl schlimmer als unter den beiden vorausgegangenen Kabinetten nicht werden dürfte, daß aber, wie die Dinge in jener Monarchie liegen, auch kein Grund zu übermäßiger Hoffnungslosigkeit vorhanden scheint.

Ein Ereignis finanzieller Natur, das die deutschen Märkte zwar nicht direkt berührt, aber um seiner typischen Bedeutung willen Beachtung verdient, wurde viel besprochen. Es handelt sich um den in der französischen Kammer mit großer Mehrheit gefaßten Beschluß, den freien Markt, die sogenannte *Coutisse*, zu unterdrücken. Nun ist es nicht zu läugnen, daß die bequeme Geschäftsart der Coullissenhändler gegenüber dem schwerfälligen Parquet der Wechselagenten jenen die Gelegenheit zu raschen und großen Gewinnen gab, und es sind von den Coullissenfirmen, deren sehr viele ausländischer und direkt deutscher Abkunft sind, in rascher Zeit große Reichthümer erworben worden. Aber die Geschäfte, welche der Intelligenz und der Initiative dieser Firmen entstrangen, haben dem ganzen Pariser Platz Nutzen gebracht, und wenn diese Geschäfte erschwert und eingeengt werden, so ist das für die Pariser Börse überhaupt ein Nachtheil. Es ist ein merkwürdiger Zug der Zeit, daß man auf der einen Seite die weltgeschichtliche Bedeutung des Handels durch die Bestrebungen, neue Handelsgebiete zu erringen, anerkennt und auf der anderen Seite die Handels- und Bewegungsfreiheit im einzelnen einzuengen sucht. Zur Zeit, als das deutsche Börsengesetz beschlossen wurde, sah man wohl mancherseits in Frankreich mittheilich auf die engherzigen Gesichtspunkte herab, die bei uns wahrzunehmen waren. Jetzt wird der französische Geschäftswelt das Leben auch sauer gemacht, wobei übrigens ein guter Theil des dort wieder Mode gewordenen Fremdenhaffes mitwirkt.

Auf dem Gebiete der Emissionsfähigkeit haben wir der Ungarischen Investitionsanleihe zu gedenken, die anscheinend guten Erfolg hatte, ohne daß sich aber mit Bestimmtheit sagen läßt, ob die Obligationen sich auch bei unseren Kapitalisten dauernd einbürgern werden. Eine industrielle Emission, die für Ende dieser Woche ausgeschrieben ist, die der Elektrischen Licht- und Kraftanlagen Aktiengesellschaft, scheint einen außerordentlichen Erfolg erringen zu sollen. In dem Prospekt ist zwar über die Thätigkeit dieser Gesellschaft nur ganz wenig gesagt, aber die Namen, die auf dem Prospekt stehen, gelten als ein Programm, und wenn auch die eigentliche Thätigkeit der Gesellschaft sich erst in der Zukunft bemerkbar machen wird, so glaubt man, einer Unternehmung, die in so direkter Anlehnung an die große Firma Siemens und

Walste besteht, hoffnungsvolle Erwartungen entgegenbringen zu dürfen.

Was die Einzelheiten des Marktes anbetrifft, so hängen die stärkeren Verkäufe, die sich in einzelnen ausländischen vom Pariser Markte abhängigen Staatsfonds vollzogen, wohl indirekt mit der erwähnten Aenderung der Verhältnisse in Paris zusammen. Man will keinen Tisch haben, nicht mit Engagements für fremde Rechnung belastet sein, wenn man den neuen Verhältnissen entgegengeht.

Der etwa 5 Proz. betragende Rückgang der brasilianischen Werthe mag vielleicht noch auf besondere Ursachen zurückzuführen sein. Bei uns besteht glücklicherweise an den Schuldverschreibungen jenes Landes so gut wie gar kein Interesse. Spanien wurden gleichfalls durch französische Abgaben gedrückt und haben im Laufe der Woche etwa 1 1/2 Proz. eingebüßt. Die Haltung der übrigen ausländischen Staatspapiere ist auch eine etwas schwächere, doch ist für Oesterreich-ungarische Werthe ziemlich feste Tendenz vorhanden. Ein gewisser Rückgang wird in den Kreisen der Besitzer dieser Werthe durch die Art erregt, in der die mit dem 1. Januar in Kraft getretene 2 Proz. und 1 1/2 Proz. Rentensteuer praxirt wird. Nach dem gesunden Menschenverstand sollte man annehmen, daß ein Coupon, der am 1. Februar verfällt, also die Zinsen für fünf Monate aus dem vergangenen Jahre darstellt, nur für einen Monat dieser Steuer unterworfen sein dürfte und demgemäß für Coupons pro 1. März die Steuer nur für zwei Monate abgehen könnte. Die Bodencreditanstalt, welche für die Oesterreichischen Staatsdomänenpfandbriefe (in süddeutschen Händen stark verbreitet) Couponszahlstelle ist, hat den vollen Proz. Abzug gemacht, was vielleicht noch zur Annäherung der Gerichte Anlaß bieten dürfte.

Auf dem Markte für Bankaktien sind die Kursveränderungen nicht erheblich. Für Dresdener zeigt sich fortwährend reges Interesse und es scheint, daß bezüglich dieser Gesellschaft wieder günstige Anregungen in Aussicht stehen. Deutsche Bank zeitweise matter, schließlich wieder fest.

Oesterreichische Eisenbahnwerthe liegen im Augenblick recht schwach und die Preise dafür stellen sich niedriger. Deutsche Bahnen fest. Schweizerische Aktien still. Zwar läßt sich auf dem derzeitigen Preisstande eine starke Widerstandsfähigkeit bemerken, aber das Geschäft hat gegen frühere Zeiten ungemain abgenommen. Italienische Bahnen ruhig.

Amerikanische Werthe wenig geändert. Für Bergwerksaktien ist bei Ausgange des Berichtsbereiches eine bessere Stimmung zu verzeichnen, und zwar macht sich besonders für Bismarck und Lauria im Zusammenhang mit den Erwartungen, die man an die beabsichtigten Ausgaben für die Flottenvermehrung knüpft, größeres Interesse geltend.

Von sonstigen Industriewerthen gewonnen Bielefelder Maschinenfabrik-Aktien 13 Proz., Badische Anilin 5 Proz., Chemische Fabrik Griesheim 1 1/2 Proz., und Schudert Elektricitätsaktien 1 1/2 Proz. Dagegen sind Elektrische Anlagen Bln 3 Proz., Elektrische Kontinental Nürnberg 4 Proz., Akkumulatorenwerke Pollat 3 Proz., und Bödner Verlagsaktien 3 Proz. matter.

Privatdiskont 2 1/2 Proz.

	3. März.	10. März.
3 1/2% Deutsche Reichsanleihe	103.90	103.80
3% „ „	97.25	96.95
3 1/2% Preussische Konfols	103.85	103.85
3% „ „	97.95	98.05
abg. 3 1/2% Badische Obl. v. 1886	102.25	102.10
3 1/2% „ „ v. 1892 und 1894	102.25	102.20
3% Badische Obl. v. 1892 und 1894	103.50	—
Ungarische Goldrente	103.95	103.50
Ungarische Kronrente	100.25	100.05
5% Italienische Rente	94.30	94. —
6% Mexikaner	97.65	97.30
Oesterreichische Kreditaktien	309 1/2	308. —
Diskontokommandittheile	205.45	204.50
Staatsbahn	296. —	295 1/2
Lombarden	71 1/2	70 1/2
Gotthard	147 1/2	147.30
Nordost	100.70	101.30
Laura	182.45	183.90
Bochumer	198. —	206.20
Gelsenkirchen	176.80	177. —
Harpener	175. —	176.25
Badische Anilin	463. —	468. —
Türkenloie	36.90	35.80

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 12. März.

Seine königliche Hoheit der Großherzog empfing heute Vormittag den Präsidenten des Ministeriums des Innern, Geheimrath Dr. Eifenlohr, zu längerem Vortrag und darauf den Staatsminister Dr. Noff.

Nachmittags nahm höchstersele die Vorträge des Majors von Pannewitz und des Geheimen Legationsraths Dr. Freiherrn von Babo entgegen. Hierauf empfing Seine königliche Hoheit den Geheimrath Professor Dr. Weismann von der Universität Freiburg. Um 7 Uhr besuchten die Großherzoglichen Herrschaften mit Seiner königlichen Hoheit dem Landgrafen von Hessen das Theater, um die Aufführung Seiner Kompositionen zu hören. Um 8 Uhr hält Geheimrath Dr. Weismann einen Vortrag bei den höchsten Herrschaften, welchem auch Seine königliche Hoheit der Landgraf von Hessen anwohnen wird. Hierzu sind verschiedene Einladungen ergangen. Der Landgraf beabsichtigt, morgen, Sonntag, die Reise nach dem Süden fortzusetzen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, der Konzerthängerin Frau Frieda Hoeck-Vechner in Karlsruhe den Titel „Kammerhängerin“ zu verleihen.

* (Karl Eckhard.) Morgen, den 13. März, vollendet Karl Eckhard sein sechsundfünfzigstes Lebensjahr. Seit einem halben Jahrhundert im politischen Leben stehend, ist Eckhard allezeit für die Grundzüge des Liberalismus mit einer von aufrichtiger Empfindung getragenen Begeisterung eingetreten. In den Zeiten des Kampfes wie in den Tagen, da es galt, das siegreich Errungene lebensvoll auszugestalten, hat Eckhard an der Spitze der badischen liberalen Partei seine ganze Kraft und seine glänzende Befähigung für die Erringung freier Verfassungen eingesetzt, und wenn es gelang, unserm Lande in allen deutschen Gauen den Ehrennamen eines wahrhaft fortschrittlich geleiteten Staates zu gewinnen, wenn es möglich war, die hochherzigen Pläne des Großherzogs Friedrich von Baden in gesetzliche Formen zu bringen, so darf Karl Eckhard das Zeugnis für sich in Anspruch nehmen, in der vorerwähnten Reihe der um das Land wohl-

verdienten Männer gestanden und gearbeitet zu haben. Und nicht nur das eigene Heimatland ist ihm zu Dank verpflichtet. Dem großen, einigen und machtvollen Kaiserreich war Eckhard einer der unermüdeten Vorkämpfer. Mit seinem Herzblute durchdrang er all sein vaterländisches Wirken, die Flamme der Begeisterung für des Deutschen Reiches Ruhm und Macht, für echtes Volksthum, lodert hell auf in seiner öffentlichen Arbeit und sichert ihm die unvergängliche Anerkennung seiner Mitbürger.

(Vortrags-Cyklus.) Da der große Rathhausaal bei dem starken Besuch der Vorträge des Dr. Johannes Müller nicht mehr ausreichend ist, so finden die nächsten Vorträge im Eintrachtsale statt. Das Thema des nächsten Vortrags am nächsten Dienstag Abend lautet: Gibt es einen Gott?

(Kunstnotiz.) Man schreibt uns aus Düsseldorf: Die von der Hofkunsthandlung von Bismeyer und Kraus (Düsseldorf) auf Wunsch der Museumsdirektion im Berliner Kunstgewerbe-Museum veranstaltete Ausstellung von Kunstler-Photographien ist am 8. d. M. eröffnet worden. Von deutschen Kunststätten haben sich hauptsächlich daran betheiligt: Berlin, Dresden, München, Düsseldorf, Frankfurt a. M. und Karlsruhe. Gerade letztere Stadt präsentirt sich durch die wirklich ausgezeichneten Leistungen ihrer Künstler auf's allerbeste und wird diese Abtheilung stets am meisten anerkannt.

B. (Die Karlsruhe' Schüngerelgesellschaft) wird fernerhin denjenigen Mitgliedern der Gesellschaft, welche Jagdschützen sind und den Jagdstand, das Jagdaußen- oder Gasschützenwesen besonders pflegen wollen, an einem besonderen Nachmittage in der Woche die Schießstände zur Verfügung stellen. Sehr viele Herren haben ihre Theilnahme bereits zugelegt. Es wird die Einrichtung getroffen werden, daß je nach der Betheiligung, die Teilnehmer in Gruppen getheilt ohne gegenseitige Störung die gewünschte Schießübung vornehmen können, da das Schießfeld hinreichend groß ist. Mit dem Schießen, welches wahrscheinlich jeweils Montag Nachmittags von 4 Uhr an stattfindet, soll Ende dieses Monats begonnen werden, und wir möchten nicht unterlassen, diejenigen Herren, welche sich an den Schießübungen betheiligen wollen, darauf aufmerksam zu machen, sich rechtzeitig bei der Gesellschaft anzumelden, da die Theilnahme an diesen Schießübungen selbstverständlich nur Mitgliedern gestattet ist.

(Ein Zimmerbrand) ist gestern Abend in einer Wohnung in der Gottesauerstraße dadurch hervorgerufen worden, daß während eine Stehlampe von einem Ort zum andern gestellt wurde, der Delbehälter zu Boden fiel, wodurch der Boden, Teppiche und Kleidungsstücke Feuer fingen und ein Schaden von 24 M. entstanden ist.

Manheim, 10. März. Die Berathung des städtischen Budgets wurde gestern zu Ende geführt. Die Verhandlungen schlossen erst Nachts gegen 1 Uhr. Der größte Theil der getragenen Debatte erstreckte sich auf die diesjährigen Schulverhältnisse. Das rapide Wachsthum unserer Stadt bedingt eine ständige starke Vermehrung der Schulhausneubauten. Von den verschiedenen Seiten wurde betont, daß, obwohl der jährliche Aufwand für die Volksschule bereits eine Million überschritten hat, man für dieselbe doch noch viel mehr als bisher thun müsse, wolle man den Charakter der erweiterten Volksschule aufrecht erhalten. Im Laufe der Debatte wurde von Herrn Oberbürgermeister West mitgetheilt, daß außer dem Bau neuer Volksschulhäuser auch ein neues Realgymnasiumsgebäude erforderlich und daß ferner das erst vor einigen Jahren erbaute Realhauptschulgebäude schon heute nicht mehr ausreichend ist. Endlich ist der Neubau einer Gewerbeschule erforderlich.

W. Baden, 12. März. Die Kreisverwaltung entsendet eine Kommission, bestehend aus dem Bezirkstheoretiker Brunn-Baden, Kreisrath Friedmann-Vimbuch und Bürgermeister Doppel-Oberacker zum Ankauf von 18 Stück Stimmener Original-Zuchthären in die Schweiz. Da die Kreisoffize die Transportkosten, die Reisevergütung der Kommission und dergleichen übernimmt, kommen für die betreffenden Kreisgemeinden nur die Ankaufskosten der Thiere in Betracht.

9. März, 12. März. Nach dem für das Jahr 1898 aufgestellten Vorschlag, über den die Stadtverordneten am 23. ds. berathen sollen, wird der bisherige Umlagefuß von 50 Pf. festgehalten trotz der vermehrten Anforderungen und trotz namhafter und bedeutender Neuherstellungen. Außerdem ist ein so reichlicher Betriebsfond aus dem Jahr 1897 vorhanden, wie früher noch nie, und für alle Fälle ist im Vorschlag noch ein besonderer Reservefond von 12 000 M. vorgesehen. — Die Ausgaben aller städtischen Klassen sind mit etwa 595 000 M. veranschlagt, die Einnahmen mit 420 000 M. Der aufzubringende Rest von 175 000 M. vertheilt sich auf ein Gesamtsteuerkapital von 37 800 000 M., etwa 1 1/2 Millionen mehr als 1897. — Zu dieser Besserung der Finanzlage tragen außer der Vermehrung des Steuerkapitals die höheren Erträge des Steinbruchs, des Gaswerks, der Sparkasse u. a. bei, vor allem aber auch die unrichtige Thätigkeit unserer Stadtverwaltung, und das Ergebnis ist um so erfreulicher, als im letzten Jahr bedeutende Aufwendungen im öffentlichen Interesse gemacht werden mußten und für das laufende Jahr noch namhafte höhere Beträge vorgesehen sind, wie sie allein schon durch die Errichtung der Garnison und der dadurch vermehrten Bauthätigkeit bedingt sind.

10. März. Der Neubau der evangelischen Kirche in Badenweiler geht allmählig seiner Vollendung entgegen. Das Innere der Kirche ist nahezu fertig und die Planungsarbeiten auf dem Vorplatze werden ebenfalls bald beendet sein. Gestern Nachmittag sind nun die von Grüniger in Billingen neu gegossenen zwei Glocken, darunter eine, die größte, von Seiner königlichen Hoheit dem Großherzog gestiftete, „Friedrichsglocke“ angekommen, welche in feierlichem Zuge abgeholt und hier vor der Kirche mit Gesang, Gebet und einer Ansprache des Pfarrers Fingado empfangen wurden. Das ganze Geläute wird mit den bereits vorhandenen nunmehr aus vier Glocken bestehen. Unsere neue Kirche dürfte im Laufe dieses Sommers oder spätestens zum Herbst ihre Weihe erhalten. — Die Volkshank Müllheim hatte im abgelaufenen Jahre einen Umlauf von 505 097 M. und einen Reingewinn von 5 100 M., welcher die Vertheilung einer Dividende von 4 1/2 Prozent gestattet. Die Mitgliederzahl beträgt 359.

Badischer Landtag.

* Karlsruhe, 12. März. 54. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Montag den 14. März 1898, Nachmittags 4 Uhr:

1. Anzeile neuer Eingaben.
2. Berathung des Berichtes der Budgetkommission über das Budget des Großh. Finanzministeriums — Titel I, II, III, XI, XII und XIII der Ausgaben, Berichterstatter: Abg. Delisle.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichtes.)

* Berlin, 11. März. Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt, daß der Loth generell einen Rabatt von 20 Proz. gewähre, um sich konkurrenzfähig zu halten. Er dürfe aber niemals Ausländer billiger befördern als Deutsche.

Abg. Richter: Ich habe die Loyalität des Lloyd ausdrücklich nicht angezweifelt, sondern nur nachgewiesen, daß man von London aus billiger fährt, als von Bremen.

Die Erörterung wird sodann geschlossen und § 1 angenommen. Die §§ 2 und 3 werden unbeanstandet genehmigt. Der von der Kommission neu hinzugefügte § 4 bestimmt: Der Unternehmer ist verpflichtet, die Dampfer für die ostasiatische Linie abwechselnd von Bremen bzw. Hamburg aus gehen zu lassen. Hier kommen die Anträge Wollenbuhr und Heim in Betracht.

Abg. Wollenbuhr (Soz.) bekämpft die Einstellung Farbigiger auf den Lloyd dampfern unter dem Hinweis auf die Repräsentation.

Auf Antrag des Abg. v. Stumm wird die Beratung auch auf die von der Kommission vorgeschlagenen Resolutionen A und B ausgedehnt, welche den gleichen Gegenstand wie die Anträge Wollenbuhr und Heim betreffen.

Staatssekretär Graf Posadowsky bittet, den Antrag Wollenbuhr abzulehnen. Es sei unmöglich, der Farbigigen in den Äquatorialgebieten als Setzer und Trimmer zu entbehren.

Abg. Heim (Centr.) begründet seinen Antrag.

Abg. Prinz Arentberg als Berichterstatter bittet, den Antrag Heim, sowie den dazu gestellten Unterantrag, nicht minder aber den Antrag Wollenbuhr abzulehnen, dagegen aber die Beschlüsse der Kommission zu billigen.

Abg. v. Levetzow (konj.) beantragt, in den Antrag Heim hinter „Fleisch“ auch noch „Wolle“ einzufügen. Redner ist im übrigen für den Antrag Heim. Nach dem Antrag Wollenbuhr sollen die Schiffe von hier nur mit weißer Mannschaft fahren. Nun kommen doch aber Fahrtabschnitte, wo unbedingt farbige notwendig sind. Was soll denn da mit den weißen Mannschaften werden? Ich bitte Sie also, den Antrag Wollenbuhr abzulehnen.

Abg. v. Stumm (Reichsp.): Wir werden für die Resolutionen der Kommission eintreten.

Staatssekretär v. Posadowsky führt aus: Deutschland habe einen Bedarf von jährlich 170 250 Tonnen Wolle. Es produziere davon 20 000 Tonnen. Von den von außen eingeführten mehr als 150 000 Tonnen sind 6 000 Tonnen auf subventionierten Dampfern eingegangen. Mit dem Zoll auf Wolle sieht es so: Ein niedriger Zoll nützt nichts, ein hoher ist wegen der technischen Schwierigkeiten der Unterfertigung von Wolle in Geweben unausführbar. Wenn die Dinge so liegen, was sollen dann die 5 000 Tonnen Wolleinfuhr gefährden. Ich bitte Sie aber jetzt, wo Sie selbst zu einer Politik der Sammlung aufzubrechen, die Wollindustrie nicht zu beeinträchtigen. Unternehmen Sie hier nur etwas Hand in Hand mit der Regierung, nicht gegen die Regierung. Ich bitte Sie also, die Resolutionen der Kommission anzunehmen.

Abg. v. Pöhl (konj.): Wir werden für den Antrag Heim stimmen.

Staatssekretär v. Posadowsky: Wenn Sie die Resolutionen der Kommission annehmen, werden wir den Norddeutschen Lloyd vertragsgemäß verpflichten, kein Getreide, kein Fleisch und keine Wollereiprodukte nach Deutschland zu befördern. Wir werden ferner den Paragraphen so fassen, daß wir auch die Möglichkeit haben, weitere landwirtschaftliche Produkte, welche der deutschen Landwirtschaft schädigende Konkurrenz machen, von dem Transport auszuscheiden. Wolle können wir nicht ausschließen aus mangelnden Gründen, die ich nicht in der Lage bin des näheren auszuführen. Ich kann nur dringend bitten, diese Bestimmungen nicht in das Gesetz aufzunehmen.

Abg. Barth (Presb. Vereinig.): Wenn Sie einen solchen Antrag beim Reichstag in das Gesetz aufnehmen, erregen Sie starke Mißstimmung gegen die subventionierten Dampfer.

Abg. Müchler (nat.-lib.) kann bei allem Wohlwollen für die Landwirtschaft absolut keinen Nutzen erkennen, der aus dem Antrag Heim der Landwirtschaft erwachsen soll.

Der Präsident theilt mit, daß ein Antrag auf namentliche Abstimmung über den Antrag Wollenbuhr eingegangen sei.

Abg. Fritzen (Centrum) bittet, den Antrag Wollenbuhr abzulehnen.

Hierauf wird die Diskussion geschlossen.

Abg. Barth (Presb. Vereinig.) beantragt namentliche Abstimmung über den Antrag Levetzow. Bei der hierauf folgenden namentlichen Abstimmung über den Antrag Wollenbuhr wird dieser mit 172 gegen 88 Stimmen verworfen.

Sodann folgt die namentliche Abstimmung über den Unterantrag Levetzow. Derselbe wird mit 157 gegen 47 Stimmen abgelehnt.

Hierauf wird der Antrag Heim abgelehnt.

Die Resolutionen der Kommission werden angenommen.

Es folgt die Beratung einer weiteren Resolution der Kommission: Es sei wünschenswert, um dem süddeutschen Binnenlande den Anschluß an die Ausfuhrhöfen zu erleichtern, und ferner die Verwertung der landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnisse Bayerns durch die Schiffbarmachung des Rheins und dessen Verbindung mit dem Rheine zu fördern, thätlich bald eine Vereinbarung der beteiligten Regierungen herbeizuführen, daß die Erhebung der Schiffahrtsgelder auf dem Rhein unterbleibe.

Die Resolution wird angenommen, sodann der Rest des Gesetzes erledigt.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr.
Tagesordnung: Militärstrafprozessordnung.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* **Berlin**, 12. März. Um 1¼ Uhr fand heute im königlichen Schloß aus Anlaß des Geburtstages Seiner königlichen Hoheit des Prinz-Regenten Luitpold von Bayern eine Frühstückstafel statt, zu welcher der Reichskanzler Fürst Hohenlohe, der Staatssekretär des Auswärtigen, v. Bülow, die Chefs des Militär- und Marinecabinetts, der bayerische Gesandte, Graf zu Lerchenfeld, der bayerische Militärbevollmächtigte, Frhr. Reichlin v. Meldegg, die Mitglieder der bayerischen Gesandtschaft und andere hervorragende Persönlichkeiten geladen waren.

* **Berlin**, 12. März. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung betreffend die Beschäftigung der Arbeiterinnen in den Konserverfabriken. Die Bestimmungen treten am 1. Mai 1898 in Kraft und haben bis zum 30. April 1908 Gültigkeit.

* **Stettin**, 12. März. Heute Mittag 12 Uhr lief der hier auf der Werft des Vulkan für Rechnung der Regierung erbaute Kreuzer N. glücklich vom Stapel. Den Tauffakt vollzog der Zweite Bürgermeister von Hamburg, Dr. Möncheberg.

* **München**, 12. März. Anläßlich des Geburtstages Seiner königlichen Hoheit des Prinz-Regenten ist die Stadt reich geschmückt. Der Festakt wurde durch eine Rede eingeleitet, worauf im Laufe des Vormittags Festgottesdienst und Parade folgte. Der Prinz-Regent verlieh zahlreiche Auszeichnungen, unter anderen erhielt Kultusminister Dr. v. Landmann des Großkreuz des

Michael-Ordens, Ministerialdirektor Dr. v. Mayer den Michaels-Orden 1. Klasse, der Maler Professor v. Brandt den Maximilians-Orden für Wissenschaft und Kunst.

* **München**, 12. März. Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ aus guter Quelle erfahren, werden zur Zeit die Vorbereitungen zu einer Zusammenkunft Seiner Majestät des Kaisers Wilhelm mit Seiner königlichen Hoheit dem Prinz-Regenten Luitpold in Regensburg getroffen. Der Prinz-Regent hat den Kaiser eingeladen, der Erinnerungsfeier der Wüste Kaiser Wilhelms I. in der Balhalla beizuwohnen. Die Feier soll am 22. März d. J. stattfinden.

* **Budapest**, 11. März. (Abgeordnetenhaus.) Graf Apponyi erklärt die Vorlage über eine Gedenkfeyer der 48er Gesetzgebung annehmen zu wollen. Er erhebe keine Einwendung gegen die Festsetzung des 11. April als Nationalfeiertag. Dies sei der Tag der Sanktionirung der 1848er Gesetzgebung. Dagegen lehne er den eingebrachten Dreikönigtage ab und beantrage, behufs Abfassung eines neuen eine 15gliedrige Kommission zu ernennen. Ministerpräsident Banffy erklärt es für wünschenswert, eine Debatte über die Adresse zu vermeiden, um Einmütigkeit herzustellen. Kostutb stellte im vorigen Jahre den Antrag, die 50. Wiederkehr des Zustandekommens der 1848er Gesetzgebung zu feiern. Nun sei aber der 11. April der Tag, an dem die Gesetze die königliche Sanktionirung erzielten. Wenn man zur 50. Wiederkehr des Tages eine Feiertag veranstalten wolle, an der die gesamte Nation, vom König bis zum kleinsten Mann, teilnehmen soll, so müsse man diesen Tag nehmen, der keinerlei Meinungsverschiedenheiten herbeiführen kann.

* **Budapest**, 12. März. (Abgeordnetenhaus.) Die Vorlage betreffend die Festsetzung des 11. April als Nationalfeiertag wurde mit allen gegen vier Stimmen en bloc angenommen.

* **Budapest**, 12. März. Der ehemalige österreichisch-ungarische Botschafter am Berliner Hofe, Graf Emerich Szeghenyi, ist gestern im Alter von 73 Jahren gestorben. Der Dahingeshiedene hat sowohl im politischen Leben Ungarns als auch in der diplomatischen Vertretung der Monarchie zu wiederholtenmalen eine hervorragende Rolle gespielt. Während der letzten Jahre lebte er in stiller Zurückgezogenheit theils auf seinen Besitzungen im Oedenburger Komitate, theils in Budapest.

* **Budapest**, 12. März. Die Witwe des verstorbenen Grafen Emerich Szeghenyi erhielt von Ihren Majestäten Kaiser Wilhelm und der Kaiserin Auguste Victoria Belohnungsbescheide.

* **Paris**, 12. März. In der Deputiertenkammer wurde die Beratung des Budgets fortgesetzt. Auf eine Anfrage des Deputierten Castelin versprach der Finanzminister, die Frage bezüglich einer, den in Frankreich anfalligen Ausländern aufzuerlegenden Tage in Erwägung zu ziehen. — Hanotaux wird in der nächsten Woche in der Kammer einen Gesetzentwurf einbringen, dahingehend, die Konvention betreffend die Garantie der griechischen Anleihe zu ratifizieren.

* **London**, 12. März. Das Unterhaus hat den Posten „Mannschaften des Marinebudgets“ angenommen.

* **London**, 12. März. Der „Newport Herald“ meldet aus Washington, ein hoher Beamter habe versichert, wenn die Explosion des „Maine“ sich als von außen erfolgt herausstellen sollte, werde Präsident McKinley, während er eine Verdächtigung Spaniens für unzulässig halte, doch darauf bestehen, daß Spanien eine Entschädigung zahle, weil es an der nötigen Vorsicht habe fehlen lassen, das Unglück zu verhüten. Gleichzeitig werde der Präsident die Anerkennung der Unabhängigkeit Kubas in Vorschlag bringen, unter der Bedingung, daß die Kubaner einen Theil der Kriegsschuld unter der Garantie der Vereinigten Staaten übernehmen.

* **London**, 12. März. Aus Lagos wird gemeldet: Gouverneur MacCallum ist in Ilesha, dem besetzten Orte des Bariba-Stammes, eingetroffen. Dem Gouverneur wurde von dem Stamme freudige Zustimmung zu den auf die Sicherung der Ruhe und Förderung des Handels gerichteten Anordnungen ausgesprochen. Der Gouverneur versprach dem Stamme, ihm in der Nähe von Lagos einen Platz für eine Handelsniederlassung anzuweisen.

* **Christiania**, 12. März. Der Konstitutionsauschuß sprach sich gestern mit fünf gegen zwei Stimmen dafür aus, daß allen über 25 Jahre alten Männern mit Einfluß des Gefindes das allgemeine Stimmrecht verliehen werde.

* **Kopenhagen**, 12. März. Das Folkething nahm gestern einstimmig das Budget an, nachdem der Ministerpräsident erklärt hatte, die Regierung könne es, obwohl das Heeresbudget unzureichend sei, unverändert annehmen.

* **St. Petersburg**, 12. März. Der russische Ministerpräsident am Dresdener und Braunschweiger Hofe, Baron v. Wrangel, ist zum Gesandten daselbst ernannt worden.

* **Konstantinopel**, 12. März. Alle Krankheits halber beurlaubten Redifs, ungefähr 30 000 Mann, erhielten Befehl, im Frühjahr einzurücken. Nach vorliegenden verlässlichen Informationen wurde die militärische Besatzung von Mazedonien, die aus 26 Bataillonen mit acht Batterien besteht, anlässlich der letzten Vorfälle in Djabova und Kotschana um 14 Bataillone mit zwei Batterien von der Operationsarmee verstärkt. Eine weitere Verstärkung ist seither nicht erfolgt. Der bisherige Stand der Hamidie-Kurdenregimenter beträgt 58. Drei weitere Regimenter sind in Formation begriffen.

* **Rio de Janeiro**, 11. März. In einer im Beisein des Präsidenten der Republik abgehaltenen Sitzung der Minister wurde die Finanzlage besprochen, sowie

ferner die Haltung des Militärischen Klubs, die zu Gerüchten von einer bevorstehenden Revolution Anlaß gegeben hatte. Dem Präsidenten des Militärischen Klubs wurde wegen Ungehorsams vier Tage Arrest zuerkannt.

Verschiedenes.

* **Berlin**, 12. März. (Telegr.) Der „Reichsanzeiger“ erklärt die Behauptung des Abgeordneten Lenmann (Presb.) in der Reichstags-Sitzung vom 3. März, wonach bezüglich des Unfalls bei Eischeide festgestellt sei, daß dabei außer dem Langballen auch morsche faule Schwellen eine Rolle gespielt haben, als thatsächlich unrichtig. Bei der Schwurgerichtsverhandlung in Rüneburg wurde festgestellt, daß die in der Nähe des entgleisten Zuges bemerkten angeblich faulen Eisenbahnschwellen nicht aus dem Gleise der Unfallstelle herrühren.

* **Wien**, 12. März. (Telegr.) Die Hofschauspielerin Helene Hartmann ist heute in Folge eines Herzschlages verstorben.

* **Wien**, 12. März. (Telegr.) Aus Anlaß der heute beginnenden Versammlung der Deutschen Palaeologischen Gesellschaft fand gestern ein Begrüßungsabend statt. Professor Winterhagen begrüßte die Gäste. Der Präsident der Deutschen Palaeologischen Gesellschaft, Professor Viehweg-Berlin, dankte im Namen der reichsdeutschen Gäste für den Empfang.

Familiennachrichten.

Auszug aus dem Parlsruher Standesbuch-Register.

Geburten. 7. März. Oskar Albert, S.: Albert Maier, Anstreicher. — Werner Ludwig Georg, S.: Karl Walter Schmitt, Referendar. — 8. März. Antonie, S.: Wilhelm Boden, Schloffer. — 10. März. Ernst, S.: Ernst Hiller, Räder. — 11. März. Anna Bertha, S.: Christian Metz, Bierbrauer. — Irma Emma, S.: Wilhelm Henninger, Bahnarbeiter.

Todesfälle. 10. März. Karl Heimburger, ledig, Sergeant, 27 J. — Heinrich Satorf, Schlosserlehrling, 15 J. — 11. März. Christine, Witwe von Lorenz Höflein, Nachwächter, 85 J. — Cäcilie, Ehefrau von Ludwig Zipperer, Kaufmann, 29 J.

Wetterbericht des Centralbur. f. Meteorol. u. hyd. v. 12. März 1898.

Die Depression über dem Mittelmeergebiet besteht zwar noch fort, doch greift sie nicht mehr über die Alpen über. Ein barometrisches Maximum hat sich über dem Ostseegebiet und über der östlichen Hälfte Mitteleuropas ausgebildet, weshalb es im Binnenlande zum Aufklaren gekommen ist; meist sind Nachfröste aufgetreten. Fortdauer des wenig bewölkten Wetters mit ziemlich großen Tageshöhen der Temperatur ist zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

März	Barom.	Therm.	Wind.	Rel. Feuchtigk.	Wind.	Witterung
11. Nachts 9 U.	750.3	3.6	6.3	63	NE	heiter
12. Morgs. 7 U.	749.2	-1.0	3.4	80	„	„
12. Mittags 2 U.	748.6	7.0	3.7	49	„	„

1) Rel. höchste Temperatur am 11. März 6.7; niedrigste in der darauffolgenden Nacht -2.1.

Niederschlagsmenge des 11. März 0.0 mm.
Wasserstand des Rheins. Maxau, 12. März: 3.25 m.

Großherzogliches Hoftheater.

Spielplan.

Sonntag, 13. März. Abth. A. 48. Ab.-Vorst. (Mittelpreise.) Zum erstenmal: „Die gefesselte Phantasia“, Zauberstück in 2 Aufzügen von Ferdinand Raimund, Musik von Franz Schubert; mit Benützung der Komposition zu dem Melodram „Die Zauberharfe“ und anderer Schubert'scher Motive bearbeitet von Felix Wotll. Anfang 1/2 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.

Kunstgewerbe-Magazin von F. Mayer & Co., Hoflieferanten, Karlsruhe, Rondelplatz.

Größtes Lager von Luxus- und Gebrauchsartikeln in Porzellan, Crystal, Bronze, Christofle-Silber, Pendulen, Lampen für Geschenke, Aussteuern, Hôtel- und Hauseinrichtungen.

Friedrich Händler Nachflg.

Inhaber: Wachmann & Someborn
Lammstrasse 3 Karlsruhe Lammstrasse 3.

Anfertigung feiner Herren-Garderobe nach Maass.
Vollständige Garantie für eleganten und bequemen Sitz.
Stets reichste Auswahl in feinsten englischen Neuheiten zu Anzügen, Paletots und Bekleidern.
Anfertigung sämtlicher badischer Hof- u. Staatsuniformen.

Schmidt-Staub's PRÄCISIONS-UHREN

bekannt feine und zuverlässigste Taschenuhren. Tägliche Abweichung höchstens wenige Sekunden.

G. SCHMIDT-STAU B
Karlsruhe, 154 Kaiserstr., geg. d. neuen Post.
Auswahlsendungen nach auswärts zu Diensten.

En gros. Julius Strauss, Karlsruhe. En détail.
Kaiserstrasse 143, nächst dem Marktplatz.

Bedeutendes Spezialgeschäft in Bekleidungsstoffen, Paffementieren, Spitzen, Knöpfen, Weißwaaren, Handschuhen, Cravatten, Fächern. Ständiger Eingang von Neuheiten.

Montag den 14. März erscheint:

Velten's Künstler-Postkarten 3. Serie.
25 Postkarten nach Originalen von

Biese, Junker, Kley, Mutter, Völlmy.

Preis M. 2.50.

Vorrätig in allen besseren Buch- und Papierhandlungen.

Deutsche Hypothekendarf (Actien-Gesellschaft) Berlin.

Der Herr Minister für Handel und Gewerbe hat die Gesellschaft von der Verpflichtung zur Einreichung eines Prospectes bei dem Antrag auf Zulassung ihrer, im Februar 1896 an der Berliner Börse eingeführten Pfandbriefe Serie IX im Gesamtbetrage von M. 20,000,000.—, zum Handel und zur Notirung an der Börse in Frankfurt a. M. entbunden.

Auf Grund unseres Antrages hat die Kommission für Zulassung von Wertpapieren an der hiesigen Börse

Mark 20,000,000.— 3 1/2 % Pfandbriefe der Deutschen Hypothekendarf (Act.-Ges.) Serie IX, deren Verloosung und Kündigung bis zum Jahre 1905 ausgeschlossen ist,

zum Handel und zur Notirung an der hiesigen Börse zugelassen.

Die Pfandbriefe sind ausgefertigt:

in Abschnitten Lit.	A à M.	5000.—	St.	900	Nr.	1 bis Nr.	900
"	B " "	2000.—	"	2000	"	1 " "	2000
"	C " "	1000.—	"	6600	"	1 " "	6600
"	D " "	500.—	"	4800	"	1 " "	4800
"	E " "	300.—	"	5600	"	1 " "	5600
"	F " "	200.—	"	4100	"	1 " "	4100

und mit April-Oktober Zinscheinen und Talons versehen.

Die Zinsen der Pfandbriefe und die verloosten oder gekündigten Stücke werden

**in Berlin bei der eigenen Kasse der Bank,
bei der Direction der Disconto-Gesellschaft,
in Frankfurt a. M. bei der Pfälzischen Bank,
in Ludwigshafen a. Rh. bei der Pfälzischen Bank und deren sämtlichen Zweigniederlassungen**

9.151.

kostenlos eingelöst.

Die Hypothekendarf-Pfandbriefe der Bank werden von der Reichsbank und ihren Zweiganstalten im Lombardverkehr beliehen.

Nach der Bilanz vom 31. Dezember 1897 betragen:

das mit 75% eingezahlte Actien-Kapital von Nom. M. 9,000,000.—	M. 6,750,000.—
der Bestand der erworbenen Hypotheken	82,899,060.—
der Pfandbrief-Umlauf	77,733,500.—
die Reserven, wenn die Vorschläge der Direction von der am 12. März angelegten Generalversammlung genehmigt werden	1,130,000.—

An Dividende hat die Bank in den Jahren 1893—1896 7%, 7%, 6%, 6% gezahlt; für 1897 ist wiederum die Vertheilung einer Dividende von 6% in Vorschlag gebracht.

Die Beleihung von Grundstücken soweit die Hypotheken und Grundschulden als Unterlage der Hypothekendarf-Pfandbriefe benutzt werden und die Ausgabe von Hypothekendarf-Pfandbriefen und Communal-Obligationen erfolgt auf Grund des Statuts, welches den Preussischen Normativ-Bestimmungen für die Hypothekendarfbanken entspricht.

Alle seitens der Bank zu erlassenden Bekanntmachungen erfolgen in dem Deutschen Reichsanzeiger, der Berliner Vorzeitung, dem Berliner Börsen-Courier, der Frankfurter Zeitung und einer Münchener Zeitung.

Die Pfandbriefe gelangen

Dienstag den 15. März d. J.

erstmals zur Notirung.

Frankfurt a. M., den 9. März 1898.

Pfälzische Bank.

Oberrheinische Bank früher Kösters Bank Act.-Ges. Mannheim—Heidelberg—Strassburg i.E.

mit Depostenkasse in Ludwigshafen a./Rh.
Actien-capital M. 10,000,000
Reservefonds " 1,200,000

Einzug von Wechseln zu billigen festen Sätzen.
Einzug sämtlicher Coupons und Dividendenscheine.
Eröffnung von laufenden Rechnungen mit und ohne Creditgewährung.
Annahme von Wertpapieren zur Aufbewahrung in verschlossenen und zur Verwaltung in offenem Zustande.
Vermietung von Treppenzimmern, unter Selbstverschluß der Miether, in festen Gebäuden.
Ausführung von Börsenaufträgen jeder Art an allen Börsenplätzen.
Ausstellung von Checs, Anweisungen und Reisegeldbriefen auf alle Handels- und Verkehrsplätze.
Gebührenfreie Chef-Rechnungen und Annahme von Baareinlagen mit und ohne Kündigung zu üblichen Zinssätzen.

Karlsruhe, Museumsaal.
Mittwoch den 16. März,
Abends 7 Uhr,
CONCERT
des
Königl. Preuss. Kammersängers
EMIL GÖTZE,
unter Mitwirkung
des Pianisten Arthur Speed
aus Berlin.
Eintrittskarten: Saal: M.
3.—, 2.— und 1.50. Galerie:
M. 2.— und M. 1.— in der Musi-
kalienhandlung von Fr. Doert
und am Concertabend an der
Kasse. 1.103.2.
Programm
mit vollständigem Text 10 Pfg.

171. Heidelberg.
Bekanntmachung.
Die öffentliche Verloosung der in
diesem Jahre zur Heimzahlung kom-
menden Schuldverschreibungen der israel.
Gemeinde Heidelberg wird am:
Montag den 21. d. Mts.,
Vormittags 11 Uhr,
im Sitzungszimmer des Synagogen-
raths stattfinden.
Heidelberg, den 11. März 1898.
Synagogenrath.
Signd. Netter.

ODONTA
ZAHN-WASSER
zur Pflege
des Mundes und
Erhaltung der Zähne
WOLFF & SOHN
Königsplatz, Karlsruhe
Filiale Wien Kolnerhofgasse 5

Verkaufsniederlagen i. allen besseren
Parfüm-, Friseur- u. Drogen-Gesch.
Feiner, fall- und einbruchsfichere
Geld-, Bücher- und
Dokumentschränke
3854.21 empfiehlt
Wilh. Weiss, Karlsruhe,
Erbprinzenstr. 24.

2 Pianinos,
prächtige Instrumente, wenig
gespielt, in nußb. u. schwarzem
Gehäuse, sind äußerst preiswerth
zu verkaufen bei 994.4
Ludwig Schweisgut,
Karlsruhe, Herrenstr. 31.

Wohlthätigkeits-Aufführung.
Dienstag den 15. März, Abends 7 Uhr,
im Museum-Saale
Die Liebesquelle von Spangenberg.
Dichtung von A. von Freydrf.
Für Soli, gemischten Chor und Pianofortebegleitung
mit verbindender Deklamation, componirt von K. Goepfert.
Direction: Herr Kapellmeister R. Gross.
Eintrittskarten: Saal Mk. 3.— (reservirt), Mk. 2.— und Mk. 1.50
(Stehplatz), Galerie Mk. 2.— (reservirt) und Mk. 1.— sind in
der Musikalienhandlung von Fr. Doert und am Tage der
Aufführung an der Abendkasse zu haben. 980.2
Preis des vollständigen Programms 20 Pfg.

Pianino
erstklassiges Fabrikat, Nußbaum
matt und blank, freigelegt, voller
Eisenrahmen, mit schönem Ton, ist
unterjähr. Garantie zu 600 M.
abzugeben bei M. Hack, Piano-
lager, Cafe Grünwald, 2 Tr.
(Fabrikpreis M. 700.) 9956.2
Kein Laden, daher billigste Preise!

Freiwillige Gerichtsbarkeit.
Entmündigung.
166. Nr. 5804. Fahr. Land-
wirth Andreas Furrer von Sugsweier
wurde mit diesseitigem Beschluß vom
19. Januar d. J. wegen fortgesetzter
Verschwendung im Sinne des L.R.G.
513a entmündigt und wurde Christian
Gabelmann V. dort unterm 22. Februar
d. J. als Vormund ernannt.
Lahr, den 7. März 1898.
Groß. bad. Amtsgericht.
Mündel.

2 Pianinos,
prächtige Instrumente, wenig
gespielt, in nußb. u. schwarzem
Gehäuse, sind äußerst preiswerth
zu verkaufen bei 994.4
Ludwig Schweisgut,
Karlsruhe, Herrenstr. 31.

bestannten Orten in Amerika abwesend,
ist am Nachlaß seiner hier am 5. März
1898 verstorbenen Mutter, Privatmann
Julius Speck Witwe, Emilie, geborene
Ruth, erbtheiligt.
Derselbe wird zum Zweck des Bezugs
bei den Verlassenschaftsverhandlungen
hiermit aufgefordert,
innerhalb 6 Wochen
hierher Nachricht gelangen zu lassen.
Karlsruhe, den 8. März 1898.
Groß. Notar:
B e d.

Handelsregister-Einträge.
188. Nr. 2625. Weinheim.
Unter D.B. 236 des Firmenregisters,
Firma Lorenz Lichte in Weinheim,
wurde heute eingetragen:
Der Firmeninhaber Lorenz Lichte ist
seit 18. Januar 1898 mit Amalie Olga,
geb. Köhler von hier, verheiratet.
Artikel 1 des am 18. Januar 1898 ab-
geschlossenen Ehevertrags lautet:
Beide Brautleute werden je einhun-
dert Mark in die Gemeinschaft ein, alles
übrige gegenwärtige und zukünftige,
bewegliche und unbewegliche, aktive und
passive Vermögen bleibt von der Ge-
meinschaft ausgeschlossen.
Weinheim, den 4. März 1898.
Groß. bad. Amtsgericht.
G r i m m.

Strafrechtspflege.
Urtheilseröffnung.
199. III. 3. Nr. 341. Raftatt.
Durch kriegsgerichtliches Erkenntniß vom
2/5. d. M. sind die Musketiere Emil
G e r b e r und Oskar V ä d e d e im
Infanterie-Regiment Martgraf Ludwig
Wilhelm (3. Bad.) Nr. 111 im Unge-
horsamsverfahren für schuldig erklärt
und in eine Geldbuße von je
150 M. verurtheilt worden.
Raftatt, den 8. März 1898.
Königl. Kommandantur-Gericht.

Fr!
Freiburg. Unterfertiger C.C.
erfüllt hiermit die traurige Pflicht,
seine lieben a. H. a. H. und i. a.
C.B. C.B. von dem am 4. März
1898 zu Freiburg erfolgten Ableben
seines lieben a. H. und E. M.,
Karl Ganter,
Stiftungsverwalter,
geziemend in Kenntniß zu setzen.
Der C.C. der „Suevia“
zu Freiburg i. B.
I. A. 9174.
Maier XXX.

**Groß. Bad. Staats-
Eisenbahnen.**
Unter Aufhebung der unter Abthei-
lung b des Ausnahmestarfs Nr. 5 im
Gütertarif Bad. S.C.B. — Badische
Staats-Eisenbahnen vorgegebenen Frach-
sätze treten am 16. März d. J. für Spiritus
und Spirit zur Ausfuhr in Wagen-
ladungen von 10 000 kg ermäßigte
Frachtsätze in Kraft. Die für Ladungen
von 5000 kg bestehenden Frachtsätze
werden mit Wirkung vom 31. Mai 1898
ohne Erfolg aufgehoben.
Karlsruhe, den 10. März 1898.
General-Direktion.

173. Karlsruhe.
**Groß. Bad. Staats-
Eisenbahnen.**
Mit Gültigkeit vom 15. März d. J.
wird die Station Neckarau mit direkten
Frachtsätzen in den niederländisch-süd-
westdeutschen Güterverkehr, Tarif Heft
VI, einbezogen. Nähere Auskunft er-
theilen die Verbandstationen sowie das
Gütertarifbureau.
Karlsruhe, den 11. März 1898.
General-Direktion.
179.1. 3. Nr. 450. Heidelberg.
Bei Gr. Verwaltung des akadem.
Krankenhauses Heidelberg ist eine
Gehilfenstelle
thunlichst bald zu besetzen. Mit Zeug-
nissen belegte Bewerbungen wollen bis
20. d. Mts. eingereicht werden.